



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Stefan Schuster, Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller SPD**

COVID-19: Solidarität mit Afrika

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die COVID-19-Pandemie entwickelt sich zur größten globalen Gesundheitskrise seit Jahrzehnten. Die Ausbreitung des Virus macht auch vor Entwicklungsländern nicht Halt. Seine Bekämpfung erfordert eine starke internationale Zusammenarbeit im Zeichen gemeinsamer Verantwortung und Solidarität. Diese Pandemie kann weltweit nur besiegt werden, wenn Afrika vollumfänglich einbezogen ist.

Der Landtag begrüßt

- die bereits eingeleiteten umfangreichen Maßnahmen afrikanischer Staaten zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie in effektiver Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg,
- die Initiative der Bundesregierung, in Ergänzung zu bereits bereitstehenden Mitteln aus dem Entwicklungshaushalt ein weitergehendes Hilfspaket zur Bekämpfung von COVID-19 und seiner Folgen zu schnüren, um die Flüchtlingsregionen, die Sahel-Krisenregion und weitere vom Kollaps bedrohten Staaten in Afrika zu stabilisieren,
- den Aufruf des UNO-Generalsekretärs zu einer ehrgeizigen humanitären Initiative für Afrika, um lebenswichtige Nahrungsmittel und logistische Lieferungen für jene Menschen zu gewährleisten, die am meisten durch Ausgangssperren, Maßnahmen der sozialen Distanzierung und hohe Infektionsraten betroffen sind. Dies schließt Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten und Binnenvertriebene ein.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich in geeigneter Form dafür einzusetzen, dass der Bund und die EU substanzielle Unterstützungs- und Stabilisierungsleistungen für den afrikanischen Kontinent zur Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgen leisten werden,
- sich in geeigneter Weise für ein sofortiges Moratorium des Schuldendienstes gegenüber insbesondere öffentlichen Gläubigern in Afrika einzusetzen und einen umfangreichen internationalen Schuldenerlass in Verantwortung für Afrika anzustreben,
- den bayerischen Schwerpunktpartnerländern Äthiopien, Tunesien, Senegal sowie den beiden südafrikanischen Provinzen Westkap und Gauteng im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie beim Aufbau eines Krisen-Monitorings, von Laborkapazitäten, der Vorbereitung einer koordinierten Impfkampagne, mit Nahrungsmittelhilfen und administrativer sowie medizinischer Expertise zu unterstützen. Dabei ist der Sachverstand der Eine-Welt-Gruppen in Bayern miteinzubeziehen.

Begründung:

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) warnt, dass die afrikanischen Gesundheitssysteme schnell überfordert sind, sollte sich das Corona-Virus großflächig ausbreiten. Die Gefahr der Ansteckungen ist wegen der sanitären Voraussetzungen in vielen Entwicklungsländern dreimal höher als in Europa: 4,2 Mrd. Menschen haben keinen Zugang zu angemessener Sanitärversorgung.

Laut einer Modellstudie der WHO könnten sich in Afrika innerhalb eines Jahres rund 22 Prozent der Bevölkerung mit dem Coronavirus anstecken. Insgesamt rechnen die Forscher mit 166 bis 275 Mio. Infizierten im ersten Pandemiejahr. Am stärksten betroffen sind dem Modell zufolge Südafrika, Algerien und Kamerun, sowie einige kleinere Länder und Inselstaaten.

Wirksame Eindämmungsmaßnahmen haben in Afrika bereits heute enorme Auswirkungen auf Gesundheitssysteme, Volkswirtschaften und individuelle Existenzgrundlagen. Millionen Menschen stehen durch den Zusammenbruch globaler Lieferketten ohne Arbeit, Einkommen und Grundsicherung vor dem Nichts. Die Vereinten Nationen rechnen mit Einkommensverlusten von rund 220 Mrd. US-Dollar für Entwicklungs- und Schwellenländer.

Das bayerische Augenmerk sollte bei der internationalen Kooperation zur Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen auch und im Besonderen den afrikanischen Schwerpunktpartnerländern gelten. In Äthiopien beispielsweise mit einer Einwohnerzahl von rund 100 Mio. Menschen gibt es nur ca. 150 Intensivbetten. Bayern muss sich seiner besonderen Verantwortung bewusst sein, die der Freistaat 2019 für Äthiopien, Tunesien, Senegal sowie die südafrikanischen Provinzen Westkap und Gauteng übernommen hat und sollte kurzfristig neben Knowhow insbesondere einen Beitrag zur medizinischen Grundversorgung leisten.